

20. JUNI 1962

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

F/XVII/127

Bonn, den 20. Juni 1962

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	<u>8. Juli - Abdruck für die CDU</u> Von Heinz Kühn Spitzenkandidat der SPD in Nordrhein-Westfalen	60
3	<u>Fragen, die präzise beantwortet werden müssen</u> Erweiterung der Fragestunde - Abwertung des Parlaments?	46
4	<u>Was nun?</u> Der Irak und die Hallstein-Doktrin	28
4	<u>Zugelassen ...</u> Zum Bescheid des Oberverwaltungsgerichts	21
5 - 7	<u>Soenier und die europäische Bewegung</u> Nicht Franco - das spanische Volk ist der wahre Verbündete Europas Von * * *	134

-----  
Chefredakteur Günter Markscheffel

8. Juli - Alpdruck für die CDU

Von Heinz Kühn  
Spitzenkandidat der SPD in Nordrhein-Westfalen

Die CDU blickt mit banger Besorgnis auf den 8. Juli. Adenauers Freunde sind bestürzt über die Reden des Kanzlers, die das Bündnisgefühl der Amerikaner für die Bundesrepublik, das die Grundlage unserer Sicherheit ist, zu beeinträchtigen drohen.

Erhards Ansehen ist durch Nordhoff erschüttert und gleichzeitig schliessen im Schatten der Automobilpreisdiskussionen die Lebensmittelpreise zur Erregung der Hausfrauen in die Höhe. Die Meinungsbefragungen zeigen deutlich, dass die Zeit einer CDU-Mehrheitsregierung auch in Nordrhein-Westfalen am 8. Juli ihr Ende nehmen wird.

Der Blick der Sozialdemokraten ist nach vorn gerichtet. Am 8. Juli gilt es das Fundament zu schaffen, um aus diesem Lande, dessen Menschenzahl ein Drittel der Bürger des freien Teils Deutschlands umfasst, und dessen Wirtschaftskraft ihr das Gewicht des bedeutendsten Bundeslandes gibt, ein Vorbild der Bundesrepublik zu machen.

Verantwortliches politisches Handeln einer neuen Landesregierung muss den Blick in die Zukunft richten und mit Initiative und Tatkraft die Aufgaben meistern, die in der mannigfach bedrohten deutschen Existenz nur gemeinsam von allen bewältigt werden können, die kleinlichen Parteienstreit zurückzustellen gewillt sind, um zusammen einzustehen für die Ziele:

- \* gerechter Wohlstand,
- \* sozialverpflichtete Wirtschaft,
- \* gesundes Volk,
- \* gesicherte Zukunft.

Eine neue, sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird sich um die Sammlung aller Kräfte bemühen, die um der Zukunft in Freiheit willen zu einer Zusammenarbeit kommen müssen und zu einer solchen Zusammenarbeit bereit sind.

Eine neue, sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird insbesondere danach streben, dass die wirtschaftliche Sicherheit des

Wohlstandes und des Arbeitsplatzes für alle garantiert wird durch eine auf die Erfordernisse der Zukunft gerichtete krisenfeste Wirtschaftsstruktur, und eine vorausschauende Energieplanung, die die Zukunft der Kohle sichert, auf der die Industrie unseres Landes steht, dass die besorgniserregend gefährdete Volksgesundheit durch die Aufschliessung neuer Erholungsgebiete, eine gesunde Wasserversorgung, wirkungsvolle Maßnahmen zur Lärmbekämpfung und gegen die Luftverschmutzung gesichert wird, dass die Talente und Fähigkeiten der Jugend aller Schichten unseres Volkes durch grosszügige Verbesserung und Ausgestaltung unseres Bildungswesens von der Volks- bis zur Hochschule und durch umfassende Förderung von Wissenschaft und Forschung zur vollen Entfaltung gebracht werden, dass durch vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den christlichen Kirchen und allen Glaubensgemeinschaften allen Staatsbürgern das unantastbare Recht garantiert ist, dass sie ihr Leben nach den Grundrechten unserer Verfassung und den Grundsätzen ihres Gewissens fest in ihren Glaubensüberzeugungen verwurzelt in achtungsvoller Toleranz miteinander leben, dass die Verwirklichung der freiheitlich demokratischen Grundüberzeugungen vom Wesen der Rechte und der Würde des Menschen in allen Maßnahmen der Regierung zum Ausdruck kommt, so dass die Menschen aus einer solchen Staatsgesinnung die Kraft gewinnen, die in Zukunft keineswegs geringer werdende Herausforderung des Kommunismus zu bestehen.

Angesichts der zahlreichen Sorgen, deren Schatten auf die Zukunft unseres Volkes fallen, wollen wir ein Beispiel für die Möglichkeit der Überwindung der inneren Spaltung unseres Volkes bieten, indem wir den Wahlkampf, wie immer ihn die anderen betreiben mögen, mit sachlicher Wahrhaftigkeit und menschlichem Respekt führen werden.

Jeder Sozialdemokrat tue das Seine, um die Bevölkerung unseres Landes für unsere Ziele zu gewinnen. Wir stehen vor einer grossen Aufgabe.

Fragen, die präzise beantwortet werden müssen

Erweiterung der Fragestunde - Abwertung des Parlaments ?

sp - Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat die Regierung durch eine Reihe von Fragen aufgefordert, zu aktuellen Problemen der internationalen Politik Stellung zu nehmen. In der Fragestunde des Bundestages wird die Regierung Gelegenheit haben, Rede und Antwort zu stehen. Obwohl einige der CDU nahestehende Zeitungen aus einem unerfindlichen Grunde behaupten, diese Methode sei abträglich für den Parlamentarismus, möchten wir - schon der Form halber - darauf hinweisen, dass nicht einmal die CDU im Ältestenrat des Bundestages irgendwelche geschäftsordnungsmässigen Einwände gegen das Anliegen der SPD-Fraktion vorbringen konnte.

Aber darum geht es ja gar nicht allein. Hier handelt es sich auch um ein **P o l i t i k u m**. In letzter Zeit hat der Bundeskanzler aussenpolitische Erklärungen abgegeben, die kurz darauf entweder von ihm selbst, von anderen Regierungsmitgliedern oder von Ministerialbeamten korrigiert und interpretiert werden mussten. Dadurch entstand in unserem Volk und bei unseren Verbündeten der verstärkte Eindruck der Führungs- und Richtungslosigkeit in der deutschen Politik, soweit dieser Eindruck nicht schon bisher vorhanden war.

Nun könnte man in "vertraulichen Gesprächen", vielleicht auch in Ausschusssitzungen, diese oder jene vom Bundeskanzler geschaffene peinliche Situation auszubügeln versuchen; man könnte auch auf diplomatischem Wege, durch Überreichung von Noten oder Memoranden, den Bundeskanzler desavouieren. Das Mittel der grossen aussenpolitischen Debatte im Bundestag wäre unter Umständen ebenfalls gegeben, um mit Hilfe von mehr oder weniger klaren Erläuterungen und Stellungnahmen das wieder geradezurücken, was in letzter Zeit durcheinander geraten ist. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass alle diese Mittel nur dann einen gewissen Erfolg haben - besonders die grosse aussenpolitische Debatte -, wenn grundsätzliche Entscheidungen auf lange Sicht zu treffen sind oder erläutert werden müssen.

In der gegenwärtigen Situation jedoch drängt alles zu einer präzisen und schnellen Beantwortung von bisher unbeantwortet gebliebenen Fragen. Der Bundeskanzler wird sich kurz nach der Fragestunde zu einem Staatsbesuch nach Frankreich begeben. Was er dort zu tun beabsichtigt, ist durch seine eigenen Erklärungen in jüngster Zeit nicht deutlich geworden. Da der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt, sind auch die Interpretationen anderer Kabinettsmitglieder nicht bindend.

Daher die direkten Fragen und - hoffentlich! - direkten Antworten.

Sieht man jedoch von der rein politischen Notwendigkeit einer solchen Methode, die sich aus der Situation ergibt, ab, dann bleibt das Bestreben der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, dem Bonner Parlament neues Leben einzuhauchen. Warum sollen in der Fragestunde des Bundestages immer nur sogenannte Randprobleme angesprochen werden? Ist es für unser Parlament und damit für die Entwicklung der deutschen Demokratie nicht ebenso notwendig, auch die grossen Probleme in einem klaren Frage- und Antwortspiel darzulegen? Im englischen Parlament gehört gerade diese Methode zu einem der wichtigsten und wirksamsten Mittel der Klärung politischer Probleme.

Was nun?

Der Irak und die Hallstein-Doktrin

sp - An den Namen des gegenwärtigen Vorsitzenden der EWG-Kommission und früheren Staatssekretärs Hallstein knüpft sich die Doktrin, die besagt, daß die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu jenen Staaten aufzugeben habe, die ihrerseits diplomatische Kontakte zu Pankow pflegen. Zum ersten Male wurde diese Doktrin im Falle Jugoslawiens angewandt. Die Belgrader Anerkennung des Ulbrichtstaates beantwortete Bonn mit der Abberufung des deutschen Botschafters. Die deutschen Angelegenheiten nimmt derzeit Frankreich wahr, das wiederum durch untergeordnete Beamte in Belgrad vertreten ist. Schon damals fragten sich kluge Beobachter, ob es gut sei, sich eine derartige Fessel aufzuerlegen. Zwar hat die Hallstein-Doktrin bisher gehalten, aber wird sie sich auch in der Zukunft als Maxime bundesrepublikanischer Außenpolitik halten lassen? Wird man mit Bagdad, der Hauptstadt des Iran, ebenso verfahren wie seinerzeit mit Belgrad? - Der Iran hat die Eröffnung eines Generalkonsulats Pankows in Bagdad zugelassen und damit bewußt einen möglichen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Bonn in Kauf genommen. Zwei Vortragende Legationsräte vom Auswärtigen Amt sind nicht einmal von Außenminister im Irak empfangen worden. Sie mußten erfolglos ihre Rückreise antreten. Dies stellt ohne Zweifel eine offene Herausforderung der Hallstein-Doktrin dar. Was nun? Wird Bonn die Folgerungen daraus ziehen? Iraks Vorgehen könnte auch andere Staaten verlocken, das gleiche zu tun. Was bliebe dann noch von dieser Doktrin übrig? Ist es wirklich eine gute Diplomatie, den Schauplatz zu verlassen, wenn ein böser Gast erscheint? Die Abwesenheit von Repräsentanten der Bundesrepublik in den Satellitenländern des Ostblocks hat sich nicht gut ausgewirkt, es hat die Formung des Deutschlandbildes in diesen Ländern den Propagandisten Ulbrichts überlassen. Man sollte im Auswärtigen Amt auch diesen gewiss nicht unwichtigen Aspekt im Blickfeld behalten, bevor man sich zu einer Beantwortung des irakischen Vorgehens entschließt, zumal - aus den verschiedensten Gründen - gerade im Vorderen Orient manches im Fluß ist.

+ + +

Zugelassen

sp - Nicht nur viele Westberliner, auch viele Westdeutsche haben mit Erschütterung den Beschluss des Oberverwaltungsgerichts zur Kenntnis genommen, der der SED die Wiederöffnung von Werbebüros in Westberlin zu gestatten. Herr Kaul, der Staranwalt der SED, hat zwar kein Empfinden für Verbrechen, begangen im Namen und im Auftrag seiner Partei, aber gleichzeitig nimmt er jede Gelegenheit wahr, Klagewege bei westlichen Gerichten zu beschreiten, wo es ihm der Vorteil gebietet. Die nun aufgehobene Sperrung der Westberliner Büros der SED war eine nur allzuverständliche Reaktion auf die Errichtung der Schandmauer. Das Oberverwaltungsgericht hat nun entschieden, diese Sperrung sei auf Grund der Rechtslage, wie sie durch die Zulassung der SED im Jahre 1946 in Westberlin gegeben sei, unzulässig. Auf den ersten Blick erscheint dieser Bescheid unverständlich, steht er doch in offenem Widerspruch zur politischen Realität, gekennzeichnet durch den grausamsten Rechtsbruch der jüngsten Geschichte, durch die Errichtung der Mauer. Bei näherer Überlegung besteht der Bescheid des Oberverwaltungsgerichtes jedoch zu Recht. Er fußt auf der freilich schon stark durchlöcherten Verächteverpflichtung für ganz Berlin, außerdem nimmt er deutschen Quislingen die Möglichkeit, sich in Westberlin als "verfolgte Märtyrer" zu repräsentieren. Sie werden für ihre Eskorte und Werbesprüche bei den Senatswahlen im Februar nächsten Jahres die größte Plakatierungsfläche der Welt zugewiesen bekommen - eben die Mauer. Aber mangelnde Großzügigkeit können sie sich nicht beklagen.

+ + +

## Spanien und die europäische Entwicklung

Von \* \* \*

Von einem Kenner der politischen Entwicklung in Spanien erhielten wir nachstehende Analyse der Motive, die unterschiedlichste politische und gesellschaftliche Gruppen in Franco-Spanien zur Aktivität bei den Bemühungen um die Eingliederung Spaniens in die europäische Gemeinschaft geführt haben.

Die Redaktion

Die grosse spanische Streikbewegung vom Frühjahr 1962, die ihr Kraftzentrum in der disziplinierten Streikaktion der asturischen Bergarbeiter hatte, gehört zu jener Kategorie gesellschaftlicher Ereignisse, die Geschichte machen. In Spanien selbst, aber auch in der Weltöffentlichkeit, hat diese Streikbewegung die Erkenntnis verbreitet, dass das spanische Volk nunmehr auf seine Weise die Aufforderung versteht und aufgreift, aktiv Kurs auf Europa zu nehmen.

### Was denkt Spanien über "Europa"?

Europa mag heute für die verschiedenen sozialen Kräfte der spanischen Gesellschaft und für die einzelnen Führungsgruppen des Regimes eine sehr unterschiedliche Bedeutung haben. Die Wirtschafts- und Finanzkreise denken bei einem verstärkten Europakurs sicher an ihre künftigen Möglichkeiten einer gewinnbringenden Beteiligung an den Resultaten des westeuropäischen "Wirtschaftswunders". Aus zwingenden Marktgründen und aus Sorge sind heute erstmalig in Spanien sowohl die Industriellen wie die adligen Feudalherren der Landwirtschaft zu einer Vernunfttatsache mit Europa geneigt. Aus anderen Motiven sind auch die Militärs bereit, pro-europäisch zu agieren; sie rechnen sich damit eine für längere Zeit gesicherte Stellung ihrer führenden Gruppe aus und auch eine wahrscheinlich stärkere direkte Beteiligung am Ausbau der eigenen Armee. Selbst die falangistischen Ideologen, deren realer Einfluss in der spanischen Gesellschaft seit langer rückläufig ist, erhoffen für sich durch einen Anschluss an ein im abendländischen Sinne verstärktes Europa wiederum eine Verstärkung und Ausbreitung ihrer ursprünglichen antikommunistischen Kreuzzugs-Ideale erreichen zu können.

Dass wesentliche Teile der katholischen Kirche den Kurs auf Europa stark fördern, ist verständlich. Aber auch hier zeigen sich unterschiedliche Motive, die teils in der allgemein abendländischen Vorstellungswelt des Katholizismus in Spanien, teils in seinen sozialen Verpflichtungen zu suchen sind.

Bemerkenswert ist, dass mit völlig unterschiedlichen Ausgangsvorstellungen nicht nur die verschiedenen Gruppen der Kirche, sondern im Grunde fast alle sozialen Kräfte der spanischen Gesellschaft, sich auf die grosse Linie des Europakurses einigen könnten. Die "Öffnung nach Europa" erscheint ganz Spanien als der hoffnungsvolle und erstrebenswerte Weg.

### Neue Probleme

Für die verschiedenen Autoritäten im Franco-Regime und für die Traditionalisten aus privilegierten Ständen wirft natürlich die Orientierung auf Europa eine Reihe neuer Probleme und Risiken auf, was offensichtlich bei ihnen Beunruhigung schafft und ihre Gesamthaltung unsicher und schwankend gestaltet. Doch die spanische Aussenpolitik handelt heute aus einer gewissen Zwangslage heraus, wenn sie alle ihre Hoffnung auf eine grosse und baldige Annäherung auf Europa setzt.

Im Laufe des Jahres 1961 ist unter Kennedy das frühere sonnige Eisenhower-Klima, das mit einem ununterbrochenen Strom von Dollarmillionen jahrelang die Beziehungen von Washington und Madrid wärmte, immer kälter geworden, der Strom ist inzwischen ganz versiegt. Der spanische Staat kann aber in seiner heutigen Verfassung unmöglich ohne grösseren finanziellen Zuschuss aus dem Ausland existieren und er sucht daher energisch nach einem geeigneten Partner, um mit ihm entweder nach amerikanischer Vorlage oder auf einer anderen ergiebigen Basis "feste Bindungen" einzugehen.

Für das Franco-Regime ist es auch von der innerspanischen Entwicklung her und wegen der immer brennender werdenden sozialen Probleme heute eine Frage auf Leben und Tod, solche festen Abschlüsse und möglichst für einen längeren Zeitabschnitt zu erreichen. Nur so wäre das Franco-Regime in der Lage, mit seinen bescheidenen ersten Industrialisierungsplänen und mit seinen verschiedenen sozialen Reformprojekten anzugehen, die der wachsenden sozialen Unzufriedenheit begegnen sollen. Nur so könnte im weiteren Franco auch das Odium absoluter Stagnation, das sein Regime in zwei Jahrzehnten unumschränkter Herrschaft sich erworben hat, zu mildern suchen.

### Franco-Regime bleibt Gegner des Fortschritts

Im Verhältnis Spaniens zu Europa, das lange durch geschichtliche Faktoren belastet war und zutiefst durch die geopolitische Lage dieser Halbinsel hinter den Pyrenäen beeinflusst bleibt, war übrigens gerade im Franco-Regime stärker noch als in der früheren Geschichte, eine betonte Abwendung vom "dekadenten Europa", bis in die jüngste Zeit hinein, die vorherrschende Tendenz. Diese anti-europäische Note entspricht bei Franco seiner faschistischen Ausgangsposition, und sie reflektiert gleichzeitig den auch heute vom Regime kaum verborgenen Hass gegen den europäischen Begriff vom gesellschaftlichen Fortschritt. In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg sah Franco in der vollständigen Abkehr und Isolierung von Europa seine eigentliche Chance und in dieser Zeit besonders propagierte er mit dem Blick auf Lateinamerika seine missionäre Vision von der wiederkehrenden weltgeschichtlichen Rolle des "Hispanismus". Als dann später die englischen und französischen kolonialen Schwierigkeiten in Afrika bedeutend zunahmen und der schwarze Kontinent in Bewegung geriet, empfahl sich Franco vor allem in Washington nacheinander als der patentierte Mittler zwischen dem Islam oder dem arabischen Nationalismus auf der einen Seite und dem weissen Mann, der christlichen Zivilisation und der Gemeinschaft der Westmächte - je nach Bedarf.

Dass das Franco-Regime nach dem Ende von Mussolini und Hitler dennoch in Spanien an der Macht bleiben konnte, verdankt es nach dessen eigenen Vorstellungen vor aller Ger Isolierung von Europa. In Wirklichkeit konnte diese schwächste aller Diktaturen unserer Zeit nach dem Kollaps seiner Beschützer weiter vegetieren, weil man Franco und sein Regime in der Welt mehr verachtete als beachtete, weil die Völker nach dem Ende des Krieges müde waren und weil insbesondere das spanische Volk nach dem Verlust von einer Million Toten im Bürgerkrieg erschöpft und ausgeblutet war. Die unveränderte Fortdauer des Franco-Regimes inmitten einer Welt grosser Veränderungen war so zu keinem Zeitpunkt ein Resultat der erreichten gesellschaftlichen und politischen Stabilität, sondern vielmehr ein Zeichen der hoffnungslosen Stagnation, die bisher alles dominierte.

#### Europa als gesellschaftliches Beispiel

Zwischen der neuerdings angestrebten Kursnahme der spanischen Wirtschaft und des spanischen Staates auf Europa, die unvermeidlich wurde und die ab 1961 immer mehr zum zentralen öffentlichen Thema aller Betrachtungen, Vorschläge und Pläne des Regimes wurde, und dem Ausbruch der grossen Streikbewegung von 1962 besteht ein innerer gesellschaftlicher Zusammenhang. So gesehen, ist diese Streikbewegung nicht nur eine bedeutsame spanische Lektion; sie hat für Europa selbst grundsätzliche Bedeutung. Die Nutzenanwendung ist zugleich ein Stück Verantwortung für Europa und sie besagt eindeutig: in einem Land, das sich auf Europa zu bewegen will, greifen die Arbeiter zum elementaren Mittel ihrer Selbstwehr, zum Streik, gerade weil sie das Beispiel Europas und das Beispiel der europäischen Arbeiterbewegung vor Augen haben. Dass es 80 - 90 000 spanische Arbeiter heute in der Bundesrepublik gibt, vielleicht insgesamt 150 000 in den Ländern Westeuropas, die alle ihre Familien und Freunde konkret berichten, unter welchen Bedingungen ihre Arbeitskollegen und sie selbst ihr Leben gestalten, ist nur ein zusätzliches Detail. Entscheidend fällt ins Gewicht, dass der Begriff Europa heute, trotz der verschiedenartigen Regierungen, für die Völker in den europäischen Randgebieten immer stärker gleichbedeutend ist mit dem Erfolgsbeispiel einer Gesellschaft, deren Eckpfeiler die Vollbeschäftigung, der materielle Wohlstand und der Zug zum sozialen Rechtsstaat sind. Europa als gesellschaftliches Beispiel übt heute auf halbentwickelte Länder wie Spanien die gleiche faszinierende Wirkung aus, wie in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg tatsächlich die Weltgeltung der USA begründet hat.

Aus Selbstachtung und schicksalschwerer Verantwortung ist es undenkbar, dass dieses Europa der Franco-Diktatur entgegenkommt und dabei seine eigentlichen Verbündeten in Spanien zurückstösst. Denn nach der grossen Streikbewegung vom Frühjahr 1962 ist es klarer denn je, dass die wirklichen Alliierten Europas hier nur das spanische Volk und seine zuverlässigdemokratischen Gruppen sind.